**Zeitschrift:** Ferrum : Nachrichten aus der Eisenbibliothek, Stiftung der Georg Fischer AG

**Herausgeber:** Eisenbibliothek

**Band:** 54 (1983)

**Artikel:** Die Zukunft des Produktionsstandortes Europa aus politischer Sicht

**Autor:** Frey, Daniel

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-378147

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

se europäische Industriezweige in grossen Schwierigkeiten stecken, wer könnte daran zweifeln. Dass es sich hierbei aber zumindest teilweise um Branchen mit weltweiten Überkapazitäten handelt, wird oft übersehen. Stahl ist nicht nur ein europäisches Problem; auch die amerikanischen und japanischen Stahlkocher haben Absatzschwierigkeiten. Dasselbe gilt für die Autoindustrie. Die koreanischen Schiffswerften machen nicht nur den europäischen Schiffskonstrukteuren zu schaffen. Die in den Ölförderländern der OPEC aus dem Boden gestampften petrochemischen Komplexe bedrohen nicht nur die europäische Grundchemie. Und, um ein Beispiel aus dem Dienstleistungsbereich anzufügen: die aus der Verschuldung der Ost- und Entwicklungsländer entstandenen Risiken machen nicht nur europäischen Bankiers Sorgen.

Es will mir scheinen, dass die auf unserem Kontinent bestehende industrielle Umwelt, die effiziente Infra- und Transportstruktur, der reiche Bestand an qualifizierten Arbeitskräften, das hohe Bildungsniveau, ein leistungsfähiges Bankwesen und Versicherungssystem auch der europäischen Industrie Standortvorteile und Chancen für die Zukunft gewährt.

**Protektionismus bekämpfen**
Dass diese Möglichkeiten auch in einem stark veränderten weltwirtschaftlichen Umfeld genützt werden, hängt nicht nur von den Unternehmen ab, sondern auch ganz wesentlich davon, ob vernünftige Entscheide auf wirtschaftspolitischem Niveau getroffen werden. In dieser Beziehung bestehen unzweifelhaft grosse Gefahren. Es wäre für Europa als Produktionsstandort von verheerender Wirkung, wenn die vor allem innerhalb der EG unverkennbaren protektionistischen Tendenzen zum Durchbruch kämen und auf diese Weise veraltete Industriestrukturen weitergeführt würden. Dadurch hätten wir die Chancen für eine erfolgreiche Bewältigung der Zukunftsaufgaben verbaut.

**Günstige Voraussetzungen schaffen**
Die Kernfrage, auf die wir in Europa - Branche für Branche und Region für Region - politisch realistische Antworten finden müssen, lautet: Wie können wir günstige Voraussetzungen dafür schaffen, dass die vorhandenen Standortvorteile optimal genutzt werden, oder konkreter: dass die vorhandenen Ressourcen - Arbeitskräfte, Kapital, Know-how, Forschung und Entwicklung - nicht länger in Wirtschaftssektoren gebunden bleiben, die ihre komparativen Vorteile eingebüsst haben, sondern in diejenigen Bereiche gelenkt werden, die in Europa selbst und in Übersee gegen die internationale Konkurrenz bestehen können. Dasselbe gilt natürlich in ganz besonderem Masse auch für ein Einzelland wie die Schweiz.

**Schweiz und Europa**
Die letzte These betrifft denn auch die Schweiz. Dieses Land hat ein vitales Interesse an der Erhaltung eines leistungsfähigen Produktionsstandortes Europa. Zwar ist es richtig, dass man zum Beispiel in der Handelsförderung die Bemühungen in letzter Zeit vermehrt auf die überseeischen kaufkräftigen Märkte - allen voran Nordamerika und Japan - ausgerichtet hat. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, dass zwei Drittel des schweizerischen Aussenhandels mit westeuropäischen Staaten, vor allen mit den direkten Nachbarländern (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Italien) getätigt werden, und dass die schweizerische Industrie vor allem in Westeuropa investiert hat.

Mit der Zugehörigkeit zur EFTA und mit dem jetzt 10jährigen Freihandelsabkommen mit der EG hat die Schweiz die rechtlichen Instrumente geschmiedet für die Eingliederung ihrer Wirtschaft in den westeuropäischen Freihandelsraum und damit für die Integration in den Produktionsstandort Europa. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den westeuropäischen Ländern werden auch in Zukunft zu den zentralen Aufgaben der gesamten schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik gehören.

# Die Zukunft des Produktionsstandortes Europa aus politischer Sicht

von Professor Dr. Daniel Frey, Delegierter des Schweizerischen Institutes für Auslandforschung

*In der ersten Auflage (1978) des Buches von General Sir John Hackett: «The Third World War» geht Europa mitsamt der NATO unter einer sowjetischen Panzerwalze in Brüche, Birmingham und Minsk werden in radioaktiv strahlende Aschenhaufen verwandelt – nur einer bleibt als ruhender Pol fest wie ein Fels im weltweiten Durcheinander: der Schah von Iran auf seinem Thron. Wenn man umgekehrt einen Experten vor einem Jahr gefragt hätte, zwischen wem denn wohl der nächste Krieg stattfinden werde, und wenn dieser Experte gesagt hätte, zwischen Argentinien und Grossbritannien und erst noch im Südatlantik – man hätte diesen Experten zweifellos auf der Stelle für verrückt erklärt. So kann man sich heutzutage verrechnen.*

In der Weltpolitik gilt immer mehr das Wort, die Zukunft sei heute auch nicht mehr das, was sie einmal gewesen ist. Der Gang der Dinge wird zunehmend erratisch, die Vorhersagbarkeit politischer Zusammenhänge schrumpft. Was würde man übermorgen sagen, wenn man etwa folgende Schlagzeilen in der Zeitung lesen könnte?

- «Kubanische Truppen am Golan»
- «Hungersnot in der Sowjetunion»
- «Austritt Italiens und der Niederlande aus der NATO»
- «Neue Militärallianz zwischen China und der UdSSR»

- «Mexiko, Brasilien und Indien werden kommunistische Einparteienstaaten»
- «Antiamerikanischer Umsturz in Saudi-Arabien»
- «Bürgerkrieg in der Türkei»

Solche Schlagzeilen klingen einem heute gewiss fremd in den Ohren – aber nüchtern betrachtet ist ihre Wahrscheinlichkeit in der Tat nicht einfach Null.

**Das Unerwartete bewältigen**
Die Erkenntnis drängt sich jedenfalls auf, dass immer häufiger das Unerwartete eintritt. Was bedeutet diese Erkenntnis für die Überlegungen zum Produktionsstandort Europa? Wollte man ganz konsequent sein, so müsste die Folgerung lauten: Verzichten wir doch lieber auf die ohnehin vergebliche Mühe, die politische Zukunft zu ergründen, und konzentrieren wir uns lieber auf unsere Fähigkeit, auch das Unerwartete, wenn es kommt, zu bewältigen. Statt auf der Brücke des Unternehmensschiffes durch das politische Fernrohr zu gucken und den politischen Radar heisslaufen zu lassen, schmiere man seinen Motor und putze man das Steuerrad, um gegebenenfalls rasch und richtig zu reagieren, den Kurs zu wechseln, auszuweichen, Haken zu schlagen, nach Bedarf rasch zu beschleunigen oder rasch und präzise zu bremsen.

**Anpassungsfähigkeit ausbauen**
Diese These ist extrem. Aber dennoch steckt hier ein Körnchen Wahrheit: Unternehmerischer Erfolg hängt heute und in Zukunft immer weniger von der Prognose in Bezug auf den gewählten Produktionsstandort ab und immer mehr von der Fähigkeit im Umgang mit Strukturwandel, also in der Flexibilität, in der Anpassungsfähigkeit, in der Reaktionsfähigkeit, in der schöpferischen Antwort auf politisch verursachte Herausforderungen.

Was das an konkreten Massnahmen bedeutet, braucht man nicht näher auszuführen; die Stichworte «Managementschulung», «Entbürokratisierung», «Führungseffizienz», «Mobilisierbarkeit von Reserven» genügen. Nur wer hier stark ist, wird auch mit dem Unerwarteten fertig.

Damit könnte ich eigentlich meinen Vortrag bereits abschliessen, ohne über mein Thema etwas gesagt zu haben. So einfach will ich mir die Sache aber nicht machen. Ich möchte drei Thesen nennen, die auf politische Überlegungen zum Produktionsstandort Europa beruhen.

**Primat der Innenpolitik**
Die erste These lautet: Das Primat der Innenpolitik bestimmt in den westlichen Demokratien immer mehr alles andere. Der Leistungsausweis von Regierungen, gleich welcher Observanz sie sein mögen, misst sich immer mehr am Beschäftigungsgrad, an der Finanzierung der Sozialbudgets und so weiter. Dabei zieht man kurzfristig wirksame Massnahmen eindeutig vor – denn kaum hat der sogenannte «Wählerwillen» gesprochen, blickt man schon wieder auf die nächste Wahlrunde. Der Horizont reicht im Regelfall gerade zwei Jahre weit. Langfristig angelegte Sanierungskonzepte haben kaum eine Chance; die «stubbornness» der Mrs. Thatcher ist eine Ausnahme, die diese Regel bestätigt.

Konkret heisst das: im Zweifel- oder Krisenfall lieber mehr Protektionismus als Liberalisierung, mehr Staatsinterventionismus statt Marktkräfte, lieber Arbeitsplatzsicherung statt Produktivitätssteigerung, dafür weniger Geldwertstabilität, lieber Devisenbewirtschaftung als freier Zahlungsverkehr.
Die Neigung wächst, die Gans, die goldene Eier legt, wenn nicht zu schlachten, so doch ab und zu gehörig zu rupfen. Der Gewichtsverlust des Prinzips «Leistung» und die veränderte Stellung des Wertes «Arbeitsethos» im Werthaushalt einer sogenannten «postindustriellen Gesellschaft» fördern eine solche Bequemlichkeit noch zusätzlich.

**Beweglich bleiben**
Was bedeutet diese Diagnose für die Frage des Produktionsstandortes Europa? Vermutlich dürften die innenpolitisch motivierten Eingriffe in die Marktwirtschaft nicht in allen Staaten gleichzeitig und in gleicher Abfolge eintreten. Folglich tut man gut daran, die innenpolitischen Parameter in den verschiedenen Ländern scharf zu beobachten, aber auch stets im Blick zu behalten, was Oppositionsgruppen diesbezüglich an Vorstellungen und Programmen hegen, die sie dann beim nächsten Machtwechsel in die Tat umsetzen könnten.

Ferner gilt es zu beachten, dass fast alle interventionistischen Eingriffe ihrer Natur nach irreversibel sind, auch wenn neue Regierungen ihr Amt mit dem besten Liberalisierungswillen antreten. Auf jeden Fall können sich relative Vorteile und Nachteile im Ländervergleich verschieben. Wenn heute Land A die besten oder am wenigsten schlechten Bedingungen bietet, ist es morgen vielleicht Land B. In einer solchen Situation profitiert, wer beweglich bleibt.

**Internationale Wirtschaftszusammenarbeit**
Aus alle dem folgt These zwei: Das Primat der Innenpolitik geht voll zu Lasten der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit. Sehr viele, fast alle Länder befinden sich heute auf der schiefen Ebene des Protektionismus, und zwar bereits in voller Fahrt. Wer gut und preiswert produziert, gilt immer weniger als Vorbild, das zur Nachahmung anspornt, sondern als suspekte Gefahr, gegen die man sich politisch absichert und abkapselt.

Fremde Anbieter und Investoren wecken nationalistische Abwehrreflexe. Sie an den Pranger zu stellen, erzeugt politisch nur geringe Kosten und lenkt ab, wenn etwas schief läuft. Der Integrationsfortschritt in der EG dürfte unter diesen neoprotektionistischen Neigungen ebenso sehr leiden wie die globale Wirtschaftszusammenarbeit. Die Vision einer Welt der grossen Märkte oder gar des weltweiten freien Marktes wird immer mehr zur Utopie oder, wenn man so will, zur Nostalgie. Man muss froh sein, wenn man die Hindernisse dort halten kann, wo sie heute stehen, und sie nicht mehr weiter wachsen.

Man wird sich folglich bei der Wahl seiner Produktionsstandorte darauf einrichten müssen, dass man künftig in einer verstärkt nationalstaatlich gekammerten Welt zu arbeiten hat, in der das mit Integrationsbestrebun-

gen Erreichte bestenfalls zu halten, aber kaum weiter auszubauen ist.

Daraus ergeben sich möglicherweise auch Folgerungen für die optimale Betriebsgrösse; es scheint besser, in mehreren Ländern je kleine Betriebe mit einer auf die nationalen Gegebenheiten hin massgeschneiderten Geschäftspolitik zu unterhalten als eine zentrale Grosseinheit für einen kontinentalen Grossmarkt, den es vielleicht immer weniger gibt.

**Wo steht Europa?**
Die dritte These bezieht sich auf den Umstand, dass unser ganzes bisheriges Denken über den Produktionsstandort Europa von der als Selbstverständlichkeit betrachteten Annahme ausging, Amerika stehe fest an der Seite und hinter Westeuropa. Die ab und zu aufblitzenden Zeichen der Entfremdung und des Isolationismus à la Mansfield hat man bisher stets mit dem Hinweis abgetan, bis jetzt sei doch alles trotzdem gut gegangen. Ist das wirklich so selbstverständlich?

Die Generation, die heute in den USA die Politik bestimmt, ist geprägt vom Erlebnis des Zweiten Weltkriegs und von der Bedrohung der Nachkriegszeit; von ihr ist in der Tat nichts Schlimmes zu befürchten. Aber wie sieht die Lage morgen aus, wenn einmal eine ganz andere Generation zum Zug gelangt, die Generation der 68er, der Vietnamtragödie, der moralischen Krise von Watergate? Wird diese Generation für manche seltsame, widersprüchliche und auf jeden Fall undankbare Verhaltensweise der Europäer noch Verständnis aufbringen, oder wird sie schliesslich den Schutzschirm, den so viele in Europa gar nicht mehr wollen, doch einmal zurücknehmen?

Gewiss hat Amerika vitale Interessen in Europa – aber eben mehr noch auch anderswo. Die These lautet folglich, dass wir ernstlich Überlegungen darüber anstellen sollten, wo Europa steht, falls sich die USA einmal von uns abkoppeln sollten. Die Wahrscheinlichkeit, wie immer man sie bewerten mag, ist jedenfalls grösser als Null – man denke nur an die wachsende Aufmerksamkeit, die der lateinamerikanische Hinterhof und das grosse Mächtespiel im Fernen Osten auf die Dauer von Washington erheischen. Europa ist nicht mehr die Hauptsorge.

Es ist auch äusserst ungewiss, ob in einer solchen Lage Europa sich wiederfindet und in Einigkeit erstarkt oder im Gegenteil verfällt und Stück um Stück einem Schicksal erliegt, das mit dem ominösen Stichwort «Finnlandisierung» angedeutet ist. Das Nachdenken über diese Frage scheint mir dringlich – sie zu verdrängen wäre falsch.

Mit diesen drei Thesen aus politischer Sicht wollte ich den Produktionsstandort Europa mit einigen skeptischen Hinweisen kommentieren. Allerdings: Einen Produktionsstandort absolut zu bewerten, wäre kurzschlüssig. Es gilt, ihn relativ zu sehen, nämlich im Vergleich mit anderen. Und so betrachtet, steht Europa vielleicht gar nicht so schlecht da. Die Ungewissheit, die Spanne der Risiken und Chancen, ist anderswo sicher grösser. Was wir mit Blick auf Europa sagen können, schränkt diese Spanne ein. Es winken weder grosse Chancen und begeisternde Horizonte, noch droht die absolute Katastrophe. Schwierigkeiten sind mit Sicherheit vorhersehbar, aber ihre negativen Folgen bleiben im Rahmen des Kalkulierbaren.

# Die Zukunft des Produktionsstandortes Europa aus militärischer Sicht

Kurzfassung des Referates von Divisionär Dr. Gustav Däniker, Stabschef Operative Schulung

*Europa ist nicht mehr die einzige Sorge der Vereinigten Staaten. An erster Stelle im amerikanischen «Sorgenkatalog» stehen heute eindeutig der Nahe und Mittlere Osten sowie das südliche Afrika, der Karibik-Raum und Lateinamerika. Diese verschiedenen, bereits bestehenden oder möglichen Konfliktherde relativieren aus amerikanischer Sicht die Bedeutung Europas.*

Die Achse Europa–Vereinigte Staaten ist sicher immer noch eine der wichtigsten Beziehungen in der Welt; sie steht jedoch nicht mehr unmittelbar im Zentrum der «Sorgen» der amerikanischen Regierung. Der hochexplosive Krisenherd im Vorderen Orient, der immer wieder aufflackert und nie ein Ende zu nehmen scheint, steht ganz oben im amerikanischen Problemkatalog.

**Von Kuba bis Namibia**
Die Lage Südafrikas, eines Landes, welches stark von der Sowjetunion umworben wird, lässt die Behörden Washingtons keineswegs gleichgültig. Während Washington auf dem Standpunkt beharrt, das Namibia-Problem könne nur dann gelöst werden, wenn die kubanischen Truppeneinheiten Angola verlassen hätten, bekräftigte Fidel Castro kürzlich, dass seine Soldaten in Angola bleiben werden.

Schliesslich ist der karibische Raum nicht mehr nur ein «Hinterhof»Amerikas. Zentralamerika und Kuba, aber auch die Entwicklung auf gewissen Karibikinseln bereiten Washington viel Kopfzerbrechen. Angesichts dieser vielfältigen, über die ganze Welt verteilten Konfliktherde steht Europa